

Nachtrag Fragestunde der Landratssitzung vom 05.11.2020: Zusatzfragen

Betrifft Frage	Zusatzfrage von	Beantwortung durch
1	Peter Hartmann (Grüne)	BUD

Zusatzfrage gemäss Landratsprotokoll: **Peter Hartmann** (Grüne) hat eine Zusatzfrage zu Frage 2. Dort geht es um die Lärmbelastung von Eisenbahnlärm und der Hofackerstrasse. Die Antwort lautet, beim Strassenverkehr liegt das Maximum bei 58 dB. *Es wird aber nicht differenziert, ob es sich dabei um den Lärm von der Hofackerstrasse oder von der Autobahn handelt. Es wird gebeten, diese Differenzierung noch nachzuliefern.*

Antwort:

Die im Lärmgutachten ausgewiesenen maximalen Beurteilungspegel bei der FHNW liegen am Tag für den Eisenbahnlärm an der Nord/Ost-Fassade bei 60 dB(A) und für den Strassenverkehrslärm der Hofackerstrasse an der Süd/West-Fassade bei 58 dB(A). Der Lärm des Rangierbahnhofs wurde nicht beurteilt, da dieser mehrheitlich nachts auftritt, die FHNW jedoch nur am Tag genutzt wird.

Betrifft Frage	Zusatzfrage von	Beantwortung durch
2	Hanspeter Weibel (SVP)	BUD

Zusatzfrage gemäss Landratsprotokoll: **Hanspeter Weibel** (SVP) merkt an, das Schloss Bottmingen gehöre dem Kanton. Nun hat der Kanton dort Bauarbeiten ausgelöst, ohne dies mit der Gemeinde abgesprochen zu haben. Deshalb die Zusatzfrage: *Was versteht die BUD unter einem Dialog auf Augenhöhe mit der Gemeinde?* Die Antwort lässt vermuten, dass es eine Einwegkommunikation ist und dass der Dialog im Rahmen der Einspracheverhandlung geführt werden soll.

Antwort:

Es trifft wie bereits ausgeführt zu, dass der zugrundeliegende und der Gemeinde bekannte «Masterplan» von 2010 stammt. Ebenso zutreffend ist es, dass dies schon länger zurückliegt und wir haben Verständnis für eine solche Sicht. Dennoch halten wir fest, dass die aktuellen, auf dem erwähnten «Masterplan» basierenden Massnahmen wie ebenfalls ausgeführt am 18. September der Gemeinde zur Kenntnis gebracht wurden. Tatsächlich hat nun im Rahmen des Baugesuchverfahrens am Montag, 09. November 2020 eine Besprechung vor Ort zwischen Vertreterinnen und Vertreter des Gemeinderates sowie der Verwaltung der Gemeinde Bottmingen und Vertreterinnen und Vertretern des Kantons stattgefunden. Thema war die Aufwertung des Schlossgartens und im speziellen die partielle Erhöhung der östlichen Umfassungsmauer. Jede Partei konnte Ihre Sichtweisen darlegen. Es zeigte sich dabei tatsächlich, dass die Anliegen der Gemeindevertreter «freie Sicht aufs Schloss, um die Wahrnehmung des Schlosses im Dorf zu erhöhen» und des Kantons als Eigentümer «Optimierung des Schlossgartens, um unter anderem eine verbesserte Aufenthaltsqualität in der verkehrstechnisch sehr anspruchsvollen Situation zu erreichen», zu Widersprüchen führen. Vereinbart wurde, dass nächste Woche das weitere Vorgehen betreffend die partielle Erhöhung der Mauer festgelegt wird.

Betrifft Frage	Zusatzfrage von	Beantwortung durch
4	Miriam Locher (SP)	VGD

Zusatzfrage gemäss Landratsprotokoll: **Miriam Locher** (SP) interpretiert die Antworten des Regierungsrats so, dass es aus seiner Sicht keiner Aufstockung bedarf. Die momentanen Ressourcen sollen ausreichend sein, obwohl es sich um ein relativ neues Thema handelt. Jedoch gehen von Seiten der Schulen und Eltern ganz andere Signale aus. Im Rahmen der letzten Antwort wurde vom Regierungsrat festgehalten, es gebe voraussichtlich keine budgetrelevante Komponente. Zusatzfrage: Besteht für den Regierungsrat dennoch Handlungsbedarf? Es tönt nicht so, als sei das Thema schon abgeschlossen.

Antwort:

Der Regierungsrat empfiehlt denjenigen Fachorganisationen, welche die Thematik nicht bereits integriert haben, die bestehenden (Sucht-)Präventionsangebote für Jugendliche um die Thematik des Medikamentenmissbrauchs zu erweitern. Zudem findet ein regelmässiger Austausch zur Thematik in der Steuergruppe für Präventionsprojekte im Jugendbereich statt. Diese Gruppe nimmt gemäss Regierungsratsbeschluss Nr. 1118 vom 30. Mai 2000 eine Koordinations- und Kontrollfunktion bezüglich Projekte im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung für Jugendliche wahr. Zugleich hat sie die Aufgabe, Entwicklungen und Tendenzen im Jugendbereich zu beachten, entsprechende Prioritäten zu setzen und allenfalls neue Projekte zu initiieren, zu beurteilen, zu fördern und zu unterstützen.

Betrifft Frage	Zusatzfrage von	Beantwortung durch
4	Jan Kirchmayr (SP)	VGD

Zusatzfrage gemäss Landratsprotokoll: **Jan Kirchmayr** (SP) erkundigt sich in einer Zusatzfrage, ob *ein runder Tisch zwischen den Schulen, Präventionsgruppen, dem Kanton und dem zuständigen Amt schon stattgefunden habe oder angedacht sei?*

Antwort:

Es findet ein regelmässiger Austausch zur Thematik in der Steuergruppe für Präventionsprojekte im Jugendbereich (s. Antwort zur Zusatzfrage vom M. Locher) statt. Ein erweiterter Austausch (runder Tisch) ist angedacht.

Betrifft Frage	Zusatzfrage von	Beantwortung durch
5	Béatrix von Sury d'Aspremont (CVP)	VGD

Zusatzfrage gemäss Landratsprotokoll: **Béatrix von Sury d'Aspremont** (CVP) interessiert sich in einer Zusatzfrage dafür, *wie die Präventionsangebote konkret aussehen und ob Eltern und gegebenenfalls Ärzte miteinbezogen werden?* Man darf nicht vergessen, was der leitende Jugendanwalt auf Tele Basel gesagt hat. Er hat darauf hingewiesen, die Falllage beim Thema Medikamentenmissbrauch befinde sich auf hohem Niveau. Deshalb ist es wirklich wichtig, dass man etwas dazu macht.

Antwort:

Schulen können für Schulklassen, Lehrpersonenweiterbildungen oder Elternabende Angebote wie das Talk@bout des Blauen Kreuz beider Basel buchen. Die Schulsozialarbeit der Sekundarstufe, die OKJA-BL wie auch die Schulgesundheitskommission (mit Vertretungen der Ärzteschaft) stehen in regelmässigem Austausch mit Vertretungen der Steuergruppe für Präventionsprojekte im Jugendbereich und werden bei Bedarf mit Informationen und Materialien versorgt.